

Basler Zeitung

Deutlich mehr Gewalttaten wegen Flüchtlingen

Eine Studie bestätigt den Anstieg der Gewalttaten in Niedersachsen. Ein Grund sei der Zustrom junger Männer, die keine Chance auf Asyl haben. Experten fordern nun den Familiennachzug.



Als Faktor für die Zunahme der Gewalttaten machte die Studie unter anderem den hohen Männeranteil bei Flüchtlingen aus. Bild: Keystone

04.01.2018

Artikel zum Thema

«Es ist auf jeden Fall grosser Quatsch»



Die eiserne Lady der AfD, Beatrix von Storch, über Deutschland, Flüchtlinge, Populismus und die Linken. [Mehr...](#)
Von Dominik Feusi und Michael Bahnerth, Berlin
04.01.2018

«10 vor 10» darf AfD nicht

Einer am Mittwoch veröffentlichten Studie zufolge ist in Niedersachsen die Gewaltkriminalität zwischen 2015 und 2016 um 10,4 Prozent angestiegen. Zu 92,1 Prozent sei dies Flüchtlingen zuzuschreiben.

Angebote wie Sprachkurse und Sport bis hin zu Berufspraktika auch für Zuwanderer ohne Bleibeperspektive könnten dem Kriminalitätsrisiko entgegenwirken, erklärten der frühere Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Christian Pfeiffer, und weitere Experten in der im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellten Untersuchung.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland: «Dort, wo diesem Personenkreis kaum Perspektiven aufgezeigt werden, Bildungs- und Integrationsangebote fehlen, kommt es deutlich öfter zu Gewalttaten.»

Schneller ausschaffen

Die Ergebnisse der Studie belegten aber zugleich, dass es sich bei den straffällig gewordenen Migranten vor allem um junge Leute aus nordafrikanischen Ländern handle, die hier kaum als Asylbewerber anerkannt würden, sagte Malchow. Abgelehnte oder straffällig gewordene Asylbewerber müssten «zügig in ihre Heimatländer zurückgeführt werden». Zugleich wandte er sich dagegen, die Idee des Familiennachzugs für jugendliche Flüchtlinge zu verteufeln. Dieser könne «Integration und regelgerechtes Verhalten» fördern.

Pfeiffer sowie seine Mitautoren Dirk Baier von der Schweizer Hochschule ZHAW und Sören Kliem vom KFN erklärten den Anstieg bei der Gewaltkriminalität knapp zur Hälfte mit dem starken Flüchtlingszuzug. Als weitere Faktoren für die Zunahme der Gewalttaten nannten sie unter anderem den hohen Männeranteil.

Knapp zwei Drittel der in Niedersachsen registrierten Gewalttaten von

rechtsextrem nennen

Ein Zuschauer hatte beanstandet, dass SRF die Parteien AfD, FPÖ und PVV als rechtsextrem bezeichnete. Nun gab ihm der Ombudsmann recht. [Mehr...](#)

04.01.2018

Flüchtlingen seien jungen Männern zuzurechnen, die «in jedem Land der Welt» bei Gewalt- und Sexualdelikten deutlich überrepräsentiert seien. Dabei spielten auch «gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen» in den überwiegend muslimischen Herkunftsländern eine bedeutende Rolle.

Auf der anderen Seite wirkt sich der geringe Frauenanteil unter den Flüchtlingen aus. «Frauen zivilisieren die Männer», sagte Pfeiffer am Mittwoch im ZDF-«Morgenmagazin. Das Fehlen von Partnerinnen, Müttern oder Schwestern sei ein «Problem», die Forderung nach Familiennachzug aus kriminologischer Sicht daher sinnvoll.

Abschiebungen reichen nicht aus

Als bedeutenden Faktor sehen die Experten auch den Aufenthaltsstatus. Wer als Kriegsflüchtling komme oder aus anderen Gründen gute Chancen sehe, in Deutschland bleiben zu dürfen, «wird bemüht sein, diese Aussichten nicht durch Straftaten zu gefährden», heisst es in der Studie. Der Anteil von Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan unter den Tatverdächtigen sei deutlich geringer als jener von Nordafrikanern, die kaum eine Bleibeperspektive haben.

«Die Mehrheit der Menschen, die bei uns Schutz suchen, ist nicht kriminell», erklärte die Integrationsbeauftragte der geschäftsführenden Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD). Eine Lehre aus der Studie sei, dass die nächste Bundesregierung noch grössere Anstrengungen unternehmen müsse, «damit Menschen ohne Bleibeperspektive zügig in ihre Herkunftsländer zurückkehren». Mit Abschiebungen allein werde das aber nicht gelingen, nötig seien auch Programme zur freiwilligen Rückkehr.

In den Fällen, in denen eine Rückkehr kurzfristig nicht möglich sei, müsse eine bessere Anbindung an Ausbildung und Arbeit erfolgen. «Niemand darf zum Herumsitzen gezwungen sein», erklärte Özoguz.

Polizisten fühlen sich bestätigt

Polizeigewerkschafter haben Konsequenzen aus der aktuellen Studie zur Gewaltkriminalität von Flüchtlingen gefordert. Die Polizei weise seit Jahren auf die in der Studie angesprochenen Probleme hin, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Bunds Deutscher Kriminalbeamter, Ulf Küch, der «Welt» vom Donnerstag. «Doch lange wollten die Politiker nicht hinhören, etwa bei dem Phänomen der sogenannten unbegleiteten minderjährigen Ausländer.»

Den Polizisten sei schon 2015 klar gewesen, dass darunter viele erwachsene Männer seien. Wenn die Beamten dann beim Jugendamt darum gebeten hätten, das Alter medizinisch prüfen zu lassen, seien sie jedoch auf Ablehnung gestossen. Hoffentlich trage die Studie dazu bei, «dass die Probleme mit erwachsenen Kriminellen, die hier als Flüchtlingsjugendliche umsorgt werden, angegangen werden», sagte Küch.

Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagte der «Welt», es sei naiv, «jeden Monat 15'000 Migrantenernerlaubt einreisen zu lassen, darunter die Mehrheit ohne jedes Identitätsdokument, und sich dann zu wundern, dass darunter auch viele Straftäter sind». Die Zeche zahlten die Kriminalitätsoffer. (amu/AFP)

Erstellt: 04.01.2018, 12:23 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein